

# Gelnhäuser Tageblatt

ZEITUNGSGRUPPE ZENTRALHESSEN

GELNHÄUSER TAGEBLATT / LOKALES / MAIN-KINZIG-KREIS / BRACHTTAL

Brachtal

14.01.2016

## „Grobe Verletzung der Amtspflichten“

**POLITIK 5642,97 Euro aus dem Brachtaler Rathaus-Tresor verschwunden: CDU beantragt Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister**

BRACHTTAL - (an). Wo sind die 5642,97 Euro Bargeld, die aus dem Tresor des Brachtaler Rathauses verschwunden sind, und unter welchen Umständen ist dies passiert? Diese Fragen sind nach wie vor ungeklärt. Die CDU-Fraktion in der Brachtaler Gemeindevertretung wirft nun Bürgermeister Christoph Stürz (SPD) eine grobe Verletzung der Amtspflichten vor und stellt am 21. Januar in der Sitzung der Gemeindevertretung den Antrag, gegen den Rathauschef ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Und so, wie es derzeit aussieht, wird dieser Antrag wohl eine Mehrheit finden.

### Vergessen und verschwunden

Um das verschwundene Geld, bei dem es sich um das Vermögen eines aufgelösten Vereins handelt, geht es auch in einer Anfrage der Freien Wähler Brachtal (FWB) an den Bürgermeister. Doch da Stürz bis Ende Januar krankgeschrieben ist, wird diese Anfrage zum zweiten Mal nicht behandelt werden können – wohl aber der Antrag der CDU. Stürz selbst hatte in einer Pressekonferenz im vergangenen November erklärt, dass es sich bei dem Geld um das verbliebene Vermögen des aufgelösten „Fördervereins der Seniorenhilfe und des Gesundheitswesens“ handle, das ihm bereits am 3. September 2014 in bar übergeben worden sei. Es sei in einem Umschlag im Tresor in den Räumen des Bürgerservice verwahrt worden. Eigentlich, so Stürz damals, hätte das Geld auf ein Sonderkonto eingezahlt werden sollen, aber das sei wohl in Vergessenheit geraten. Das Verschwinden des Geldes sei erst am 16. Juli 2015 bemerkt worden. In diesem Zeitraum – September 2014 bis Juli 2015 – müsse jemand den Umschlag mit den 5642,97 Euro entwendet haben. Seitdem ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft.

Die CDU mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Lutz Heer kritisiert nun die „völlig unzureichende und nur auf Druck der Gemeindevertretung erfolgte Art und Weise, in der der Bürgermeister die Gemeindevertretung und die Öffentlichkeit hierzu informiert“. Auch die Rolle, die Stürz selbst in diesem Zusammenhang spiele, stelle eine grobe Verletzung der Amtspflichten dar, so Heer. Da auf die Anfragen aus der Gemeindevertretung hin, wenn überhaupt, immer wieder nur ausweichende, ablenkende und verharmlosende Rückmeldungen vonseiten des Bürgermeisters gekommen seien, halte es die CDU für unausweichlich, weitere Schritte einzuleiten. Die Christdemokraten werfen Stürz eine Verheimlichung des Vorfalls vor und sehen auf ihn und die ehrenamtlichen Beigeordneten Vorwürfe zu strafrechtlichen Tatbeständen wie Schwarze Kasse, Untreue und Unterschlagung zukommen.

Vom Verdacht einer Schwarzen Kasse spricht auch der Brachttaler Grünen-Vorsitzende Heiner Gunia. Seine Fraktion werde den CDU-Antrag unterstützen. Er selbst hätte sogar „noch weitergehende Vorstellungen“. Stürz habe sich geweigert, sich dazu zu äußern, und selbst dem Gemeindevorstand sei der Vorfall verschwiegen worden. Zudem hätte laut Gunia das Geld ordentlich quittiert und verbucht werden müssen, was nicht geschehen sei. Stürz stehe nun im Feuer. Daher sei es der richtige Schritt, den Vorfall mit dem Mittel eines Disziplinarverfahrens durch die Aufsichtsbehörde neutral untersuchen zu lassen.

Der Vorsitzende der FWB, Christian Klas, kündigte im GT-Gespräch an, dass seine Fraktion den Antrag „nicht ablehnen“ werde. „Es ist eindeutig, dass irgendjemand irgendetwas falsch gemacht hat.“ Die Überprüfung durch eine neutrale Behörde sei der richtige Weg. Allerdings lehne er, so betonte Klas, die „Vorverurteilungen“, wie sie im Text des CDU-Antrages stünden, ab.

Dietmar Noack (FWB), der als ehrenamtlicher Erster Beigeordneter den erkrankten Bürgermeister vertritt, findet es schade, dass mit solchen Mitteln gekämpft werde. Das sei wohl dem Wahlkampf geschuldet. „Gegebenenfalls könnte man einen solchen Antrag stellen, wenn die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen sind.“ Das sei aber noch nicht der Fall.

Der SPD-Vorsitzende Toni Mutter erklärte, dass sich die Sozialdemokraten noch nicht darüber im Klaren seien, wie sie damit umgehen. Das würden sie in der nächsten Fraktionssitzung beraten. „Es ist Wahlkampf“, stellte Mutter fest. Und Stürz stehe ja auf Platz eins der SPD-Liste. Der CDU-Antrag enthalte in seiner Begründung eine Chronologie der Ereignisse. „Sachlich sind die Vorwürfe nicht gerechtfertigt.“